

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementspreis im Monat einschließlich Bringerlohn 3.— Mk., bei Selbstabholung 2.75 Mk. — Durch die Post bezogen (nur bis 31. März) vierteljährlich 6.00 Mk., für 1 Monat 2.20 Mk. (Bestellgeld vierteljährlich 90 Pfg., monatlich 30 Pfg.).
Postcheckkonto Nr. 53 477. Postcheckkonto Nr. 53 477.

Redaktion:
Leipzig, Tauchaer Straße 19/21.
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig.
Fernsprecher: 18000.

Inseratenpreise:
Die 7gespaltene Petitzeile 1.25 Mk. — Die 7gespaltene Petitzeile mit Plabvorschrift 1.50 Mk. — Die 7gespaltene Petitzeile Familiennachrichten 1.10 Mk. Die Kleinzeile 6.— Mk. — Schluss der Annahme von Inseraten für die tägliche Nummer früh 9 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag in Leipzig, Tauchaer Straße 19/21, Fernsprecher: 4506 • Inseraten-Abteilung Fernsprecher: 2721.

Rechtssozialistischer Erzberger-Schutz.

Ein Diebhechtmörder in Schweden.

Berlin, 26. Februar. (Eigene Drahtmeldung der V. B.) Der Freiheit wird aus Schweden gemeldet: Der an der Ermordung Karl Liebknechts beteiligte Kapitänleutnant Pflug hat sich immer noch unter dem Schutze der liberal-sozialdemokratischen Regierung in Schweden. Immer eindringlicher fordern die schwedischen Arbeiter seine Ausweisung. Täglich treffen aus allen Gemeinden und jeder Werkstatt telegraphische Proteste gegen das Weiterverbleiben dieses Dummkopfes ein. Die Arbeiterklasse wird sich schließlich eines Tages nicht mehr mit diesen Protesten zufriedengeben, sondern zur Selbsthilfe greifen.

Bezeichnend ist, daß die Nachhabe in Schweden militärische Gewaltmaßnahmen vorbereiten. Politiken hat mitteilen können, daß von militärischen Dienststellen heimliche Mobilisierungsmassnahmen getroffen werden. Die zuständigen Behörden bemerken natürlich kategorisch oder bezeichnen die Vorkommnisse als unfähig üblich. Auch ist unter der akademischen Jugend die Bereitwilligkeit vorhanden, in Stunden der Gefahr das Vaterland nicht zu verlassen! Deutschland macht Schule!

Vor dem Sklarz-Prozess.

Berlin, 26. Februar. (Eigene Drahtmeldung der V. B.) Vor zwei Tagen ist der Hauptzeuge im Sklarz-Prozess, der Kaufmann Ernst Sonnenfeld, aus Holland ausgeliefert und in Berlin eingetroffen. Der Prozess dürfte in kürziger Zeit beginnen. Eine mit Sonnenfeld zugleich ausgelieferte Begleiterin, die Fraulein Schatz, die ebenfalls unter dem Verdacht steht, bei der Unterfugung beteiligt gewesen zu sein, ist hier aus der Haft wieder entlassen worden.

Blutgesetze fürs Ruhrrevier.

Der Reichspräsident hat auf Grund des Artikels 48, Absatz 2 der Reichsverfassung zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im rheinisch-westfälischen Industriebezirk die §§ 307, 311, 312 und 313 des Reichsstrafgesetzbuchs außer Kraft gesetzt. Die darin getroffenen Verbote (Brandstiftung, Verursachung von Explosionen und Ueberschweemmungen sowie Beschädigung von Eisenbahnanlagen) sehen lebenslängliche Zuchthausstrafen vor. Durch die neue Verordnung werden sie unter Todesstrafe gestellt. Desgleichen sollen Räuberschüsse bei Zusammenrottungen und Aufruhr mit dem Tode bestraft werden, wenn sie den Widerstand gegen die Staatsgewalt mit Waffen oder in bewusstem und gewolltem Zusammenwirken mit Bewaffneten begangen haben.

Zur Durchführung dieser Verordnung kann der Reichswehrminister die Einsetzung außerordentlicher Kriegsgerichte anordnen. Sie können nur auf Freispruch oder Todesstrafe erkennen, die nach der Befestigung durch den Militärbefehlshaber durch Erschießen vollzogen werden dürfen.

Diese neue Ausnahmezustands-Verordnung datiert vom 18. Januar 1920. Alle die bösen Erfahrungen, die man mit den Ständegerichten, besonders im März vergangenen Jahres in Berlin, macht, haben also nicht vermocht, ihre Neueinführung im Ruhrgebiet zu verhindern.

Unter dies Blutgesetz werden die Ruhrbergleute gestellt, von denen die Regierung Arbeitsfreudigkeit, Bereitwilligkeit zur Leistung von Ueberschüssen fordert!

Was Regierungsversprechen wert sind.

Unser Parteiblatt in Remscheid, die Bergische Volksstimme, wurde innerhalb weniger Wochen zum zweitenmal verboten. Bei der Aufhebung des ersten Verbots hatte die Redaktion versprochen müssen, über die Politik der Regierung in der Kohlen- und Bergarbeiterfrage nur referierend zu berichten, was sie auch stets getan. Am 20. Februar erhielt sie plötzlich folgendes Telegramm aus Münster i. W.:

Die Bergische Volksstimme, Remscheid, mit Wirkung vom 24. Februar bis auf weiteres verboten, da sie das Versprechen, die Politik der Regierung bezüglich der Kohlenförderung nicht zu durchkreuzen, nicht eingehalten hat.

Bezirkskommando VI.

Bemerkenswert ist, daß das neue Verbot auf unbestimmte Zeit erfolgte, trotz Zusage der Regierung, Verbote nur befristet ergehen zu lassen.

Stellkommissar im rheinisch-westfälischen Industriebezirk ist der Rechtssozialist Geering. Er findet also auch nichts dabei, wenn der General in Münster, dessen Handlungen zu überwachen er bestimmt ist, sich einfach über die Versprechungen seiner Parteigenossen in der Reichsregierung hinwegsetzt!

Bei dieser Gelegenheit wollen wir darauf hinweisen, da unsere Parteiblätter in Halle, Bielefeld und Merseburg noch immer verboten sind! Das Verbot dauert schon über 5 Wochen. Dabei ist im ganzen Bezirk keinerlei Murren vorgekommen! Wird den Rechtssozialisten dieser Zustand nicht schließlich selber zu beschämend?

Nielsens Anklagen.

Die Regierung hatte sich vor einigen Tagen darüber beschwert, daß der General Niessel, der Vorsitzende der Interalliierten Vorkommnisse-Kommission, in der französischen Kammer gegen die deutsche Regierung die Beschuldigung erhoben hatte, daß sie im geheimen mit Hilfe von Einwohnerwehren, Sicherheitswehren, Zeitsfreiwilligen- und ähnlichen Verbänden sich eine Armee zu schaffen suchte, die den Bestimmungen des Friedensvertrags widerspreche. Die Regierung hatte sich bemüht, diese Anklagen, deren volle Berechtigung jeder, der über die deutschen Militärverhältnisse orientiert ist, nur vorkauf bestritten kann, als Ausfluß von Zeitungsberichten zu diskreditieren. Erst jetzt wird bekannt, daß der General Niessel zu seinem Verdacht geheimer Organisationen der Armee die berechtigtesten Gründe gehabt hat. Während ihn nämlich als Vorsitzender der Vorkommnisse-Kommission von den verantwortlichen deutschen Offizieren, vor allem dem Admiral Hopmann, die Zustimmung gegeben würde, daß das gesamte Material der Vorkommnisse-Truppen im Lande verbleibe, hat man hinter seinem Rücken dieses Material, fast reiflos abtransportiert. Die Folge davon war, daß der General Niessel sich in dem Vertrauen, das er ursprünglich den deutschen Offizieren entgegengebracht hatte, getäuscht sah, so daß er heute nicht ganz mit Unrecht bei offiziellen Angaben über die Stärke der deutschen Armee mit schweren Bedenken gegenübersteht.

Moshes Fallbeil.

Moske hat alle Hände voll zu tun, um die ungewissen Kritiker durch Verbote zum Schweigen zu bringen. Am 24. Februar hat er den russisch-fremden Reichsboten auf 10 Tage verboten, weil, wie das Blatt vermutet, es aus der Broschüre „Der Kattenfänger, Revolutionsstieber und ihre Helfer“, Kundige gebracht hat. Die Broschüre selbst ist, wie die Deutsche Allg. Zeitung mitteilt, verboten, weil sie einzelne Regierungsmitglieder verdächtig, zur Verrückung der Regierung aufzufordere, Erregung in die Bevölkerung trage und dadurch die öffentliche Ordnung gefährde.

Die Broschüre schildert die Affäre Sklarz-Parvus. (!)

Keine Aburteilung der Kriegsverbrecher der Alliierten.

Basel, 24. Februar. Die Vorkommnisse berichtet aus London: Die Londoner Konferenz hat den Antrag Frankreichs angenommen, ein Ersuchen der deutschen Regierung um Aburteilung von Staatsangehörigen der alliierten Mächte wegen angeblicher Kriegsverbrechen abzulehnen mit der Begründung, daß die alliierten Länder das Opfer eines heimtückischen kriegerischen Ueberfalls der deutsch-österreichischen Militärmacht geworden seien und berechtigt waren, schon aus Notwehr mit allen zu Gebote stehenden Mitteln die Verwüstungen der überfallenen Heimatgebiete aufzuhalten.

Diese Abweisung war zu erwarten — in den Ententeländern regieren der Militarismus und der Nationalismus, die in Deutschland sich bekanntlich mit ähnlichen Argumenten der Bestrafung der Kriegsverbrecher widersetzen. Daß auch Notwehr nicht die Rechtfertigung und Milderung von Verwundeten und Gefangenen rechtfertigt, brauchen wir nicht erst zu betonen. Zur Ehre der Proletarier der Entente müssen wir aber feststellen, daß sie diesen Kurs ihrer Regierungen und völkergläubigen Parteien nicht mitmachen; der Pariser Populäre brachte erst dieser Tage einen Artikel des Genossen Bollant-Couturier, die Schuldigen, worin er die Kriegsverbrecher auf französischer Seite brandmarkt und ihre energische Verfolgung fordert. Auf den Inhalt seines Aufsatzes werden wir noch zurückkommen.

Zur Kollage der Presse.

Der sächsische Staatslenker Gradnauer hat an die Reichsregierung ein Telegramm geschickt, das also lautet:

Die Lage der Zeitungsbetriebe gestaltet sich von Woche zu Woche schlimmer. Da die Gefahr des Zusammenbruchs vieler Zeitungen droht und es sich bei dieser Industrie nicht allein um materielle Interessen einer Berufsstände handelt, sondern um allgemeine öffentliche Interessen ersten Ranges, bitte ich das Reichswirtschaftsministerium, die in Vorbereitung befindlichen Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Zeitungen möglichst beschleunigt zu Ende zu führen und zur allbaldigen Durchführung der Nationalversammlung zu unterstützen.

Schlossen muß allerdings schnell werden, wenn der Aufsch in die Tiefe vermieden werden soll.

Bankrott.

Das ganze Volk, das der Krieg hervorgerufen hat, die Verarmung des Volkes, die Vertiefung der Klassengegenstände spiegelt sich wider in dem heutigen Zustand des deutschen Geldwesens und der Staatswirtschaft. Das Gespenst des Bankrotts schreckt die Regierung, ohne daß sie es zu bannen vermag. Heute erklärt sie zuversichtlich, daß alle Rechnungen über einen bevorstehenden Staatsbankrott unsinnig seien, morgen vielleicht schon muß sie zugeben, daß der Bankrott nicht außerhalb des Bereiches der Möglichkeiten liegt. Die Diskussion in der Öffentlichkeit über die Möglichkeit, dem Zusammenbruch zu entkommen, wird immer lebhafter. Zu den theoretischen Erörterungen gesellen sich Klarmachungen, denen symptomatische Bedeutung zukommt. Lauter aber als alle Erörterungen spricht der Zustand der deutschen Reichsfinanzen und des deutschen Geldwesens. Die Arbeiterklasse veripiert die Wirkungen der Zerrüttung an sich selbst. Sie muß darüber hinaus die Größe der Zerrüttung erkennen. Das Problem, wie sie abzustellen ist, ist für die Arbeiterklasse von nicht minderer Bedeutung als für die Regierung; denn von der Lösung dieses Problems wird die Gestaltung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse der Zukunft abhängen. Die Staatswirtschaft während des Krieges hat eine ungeheure Schuldenlast aufgewälzt. Diese Schuldenlast erfordert eine jährliche Verzinsung, die den Staatsbedarf an der Vorkriegszeit um das Fünffache übersteigt. Die übrigen Erfordernisse, mit denen der Krieg noch nach dem Friedensschluß jahrzehntelang die Volkswirtschaft belasten wird, erscheinen im Reichetat ebenfalls in Summen, die den gesamten Bedarf der Vorkriegszeit übersteigen. Wie die Staatsschulden, so ist auch der gesamte Staatsbedarf gewaltig angewachsen. Die Staatswirtschaft hat längst die Grenze durchbrochen, die von der Theorie für ihre Ausdehnung gezogen worden ist. Sie entwickelt die Produktivkräfte der Bevölkerung nicht, sie vielmehr um gewaltigsten Hemmnis der Entwicklung der Produktivkräfte geworden. Ihre Betätigung und ihre Weiterentwicklung ist deshalb von entscheidender Bedeutung für die Entwicklung der Volkswirtschaft.

Diese Tatsache ergibt sich ohne weiteres aus der Betrachtung der zahllosen Höhe der Staatsschulden und des Staatsbedarfes. Vor dem Kriege betrug die gesamte Schuldenlast des Reichs, der Länder und der Gemeinden rund 22 Milliarden Mark. Heute beträgt die Schuldenlast des Reiches nach den Schätzungen des Reichsfinanzministeriums für Ende März 1920 21,8 Milliarden Mark. Diese ungeheure Schuld ist nur zum Teil fundierte Schuld, das heißt auf Anleihen ausgegeben, die das Reich nur planmäßig in längeren Zeiträumen einzulösen braucht. Ein beträchtlicher Teil davon ist schwappende Schuld, das heißt, er ist aufgenommen gegen Reichsfinanzanweisungen, die nichts anderes darstellen als Wechsel, zu deren jederzeitigen Einlösung das Reich in kürzester Frist — drei Monate — verpflichtet ist. Die schwappende Schuld, die eine geordnete Finanzwirtschaft fast unmöglich macht, mag heute 80 bis 90 Milliarden Mark betragen. Zu den Schulden des Reiches kommen die Schulden der öffentlichen Körperschaften, die nach amtlichen Schätzungen etwa 80 Milliarden Mark betragen. Die Gesamtverschuldung beläuft sich demnach auf rund 300 Milliarden Mark. Um nur eine annähernde Vorstellung von der Höhe dieser öffentlichen Schuld zu erhalten, muß man sich erinnern, daß vor dem Kriege das sogenannte Volkvermögen in Deutschland auf etwa 300 Milliarden Mark geschätzt wurde, wobei natürlich zu beachten ist, daß damals der Wert der Mark ein ganz anderer war. Freilich, wenn in der Zukunft der Geldwert wieder steigen sollte, so würde damit eine Annäherung der heutigen Schuldenlast an die Gesamtsumme des deutschen Volkvermögens stattfinden, um so mehr, als die sachlichen Bestandteile des Volkvermögens zu einem Teil durch den Krieg zerstört und nicht wieder ersetzt worden sind.

Wie die Schuldenlast, so ist auch der Gesamtbedarf der öffentlichen Körperschaften gestiegen. Der Reichetat balancierte vor dem Kriege mit nicht ganz 2 Milliarden Mark. Heute hat sich die Endsumme des ordentlichen Reichsetats auf 17,5 Milliarden erhöht. Dazu kommt der Bedarf der Länder und der Gemeinden in einer Höhe von 7 Milliarden Mark, so daß also, wenn die Finanzwirtschaft auch nur annähernd geordnet werden soll, jährlich 25 Milliarden Mark durch Steuern aufgebracht werden müßten. Dabei ist von dem außerordentlichen Reichetat noch gar nicht die Rede. Die Schuldenwirtschaft geht weiter, so daß mit der Verwicklung auch das Anwachsen des Zinsbedarfs noch ansteht.

Für die Staatswirtschaft ist unter diesen Umständen das Deckungsproblem brennender als jemals. Wie sollen die erforderlichen 25 Milliarden Mark jährlich aufgebracht werden? Die Antwort darauf hat die Steuerpolitik des Reiches zu geben. Damit aber ist das Problem für die Staatswirtschaft nicht erschöpft. Sie steht Aufgaben gegenüber, die sie lösen muß, wenn sie nicht zusammenbrechen will. Diese Aufgaben sind Preisrevolution, Geldwertverfall, Währungsdrift.

Zu Beginn des Krieges ging die Preissteigerung zunächst in mäßigem Tempo vor sich, um dann etwa gegen Ende 1916 sprunghaft aufwärts zu gehen. Die Preissteigerung der Lebensmittel zog die Preissteigerung aller anderen Waren und die Steigerung der Löhne nach sich. Eine vollständige Revolution der Preise trat ein. Die Aufwärtsentwicklung der Preise ist bisher noch nicht zum Stillstand gekommen, ganz im Gegenteil, das Tempo der Preissteigerung hat sich eher erhöht.

Auf der anderen Seite ist eine nicht minder ungeheure Entwertung des Geldes eingetreten, die zu einer Währungsdrift geführt hat, deren Lösung von den bürgerlichen Selbsttheoretikern bisher vergebens gesucht worden ist — aus dem einfachen Grunde, weil eine Lösung mit den Mitteln der Finanzpolitik allein nicht möglich ist. Die gewaltige Preissteigerung hat eine lebhafteste Aufwärtsbewegung der Nominallöhne nach sich gezogen, die indessen hinter der Preissteigerung zurückgeblieben ist, so daß der Reallohn im Durchschnitt gefallen ist. Jede neue Lohnbewegung, deren Wille das Streben der Arbeiter nach Aufrechterhaltung des erreichten Lebensstandards war, wirkte als Anreiz für die Preissteigerung. Dieser Prozeß — eine Schraube ohne Ende — geht weiter, ohne daß irgendwelche Maßnahmen der Regierung ihm Einhalt hätte gebieten können. Damit aber wird die Geldentwertung immer größer, die Währungsdrift immer kritischer. Die Geldentwertung im Inland wirkt ihrerseits auf die Valuta, die praktisch loslagert um den Mittelpunkt herum schwankt. Diese Verhältnisse bleiben natürlich nicht ohne Auswirkung auf die gesamte Volkswirtschaft. Sie sind ihrerseits die Folgen der Störungen der Volkswirtschaft durch den Krieg.

Der Krieg zeitigte einen ungeheuren Sachbedarf der Staatswirtschaft. Gewaltige Mengen von Kriegsmaterial, Ausbustungsgegenständen, Lebensmitteln mußte sich der Staat verschaffen. Kredit erhielt er vor den ersten Siegen nicht, weil bei der Bourgeoisie in Geschäftssachen der Patriotismus aufhörte. Er mußte dar zahlen, und bemühte dazu Reichsschatzanweisungen. Diese wurden von der Reichsbank übernommen und dafür Noten in Umlauf gesetzt. Eine gewaltige Vermehrung der Zahlungsmittel trat ein, um so mehr, als der Staat beim die Heeresverwaltung für alle Güter, die sie ankaufte, hohe Preise zahlte, die dem Verkäufer einen Extraprofit brachten, der die Industrie zur Umstellung auf den Kriegsbedarf anzureizen sollte. Vor das Ueberdieten an sich eine Ursache der Preissteigerung, so in weit größerem Maßstabe die Vermehrung der Zahlungsmittel. Es ist ein ökonomisches Gesetz, daß mit der Steigerung der Gesamtsumme der zirkulierenden Waren die Summe der Zirkulationsmittel — also Geld und Geldsurrogate — im gleichen Maße steigen muß, gleiche Umlaufgeschwindigkeit vorausgesetzt. Die Vermehrung der Umlaufsmittel durch den Staat zu Kriegsbeginn aber entsprach nicht einem ökonomischen Bedürfnis. Die Gesamtsumme der zirkulierenden Waren hatte sich nicht vergrößert — es trat nur eine Verschiebung der Art nach ein, und die Umlaufgeschwindigkeit hatte sich eher erhöht. Die Vermehrung der Umlaufsmittel entsprang vielmehr lediglich den Bedürfnissen des Staates, der Zahlungen leisten mußte, zu denen ihm sonst die Mittel gefehlt hätten.

Nach dieser Anfangsphase ging die Staatswirtschaft dazu über, den Staatsbedarf durch Anleihen aufzubringen. Der Gegenwert des ihr zufließenden Papiergeldes, das sie ursprünglich in den Händen der Gläubiger in der Gestalt der Kriegsanleihe hatte, die für sie ebensogut Vermögen darstellten wie das Papiergeld, und für die der Staat aus dem erhaltenen Papiergeld Zinsen zahlen mußte. Das dem Staat zugeflossene Papiergeld aber floß als Bezahlung für die Kriegslieferungen an die Privatwirtschaften zurück, und mit ihm stiegen der Preise und dem Anwachsen des Kriegsbedarfs darüber hinaus neue Umlaufsmittel — Reichsschatzanweisungen. Dieser Prozeß wiederholte sich bei jeder neuen Kriegsanleihe.

Es fand also eine gewaltige Inflation statt. (So nennt man die Vermehrung der Umlaufsmittel, denen eine Vermehrung der Warenmenge nicht entspricht.) Gleichzeitig aber war durch den Krieg die gesellschaftliche Reproduktion gestört worden. Die Aufrechterhaltung der Produktion in dem einmal erreichten Umfang erfordert die Herstellung von Rohstoffen und Maschinen, die zum Ersatz der in die Waren eingehenden Werte dienen, sowie von Lebensmitteln, die zur Wiederherstellung der aufgewendeten Arbeitskräfte dienen. Nun herrschte wohl kein Mangel an Umlaufsmitteln, um die zur Reproduktion nötigen Güter zu kaufen, wohl aber Mangel an den Gütern selbst. Die Produktion wurde immer mehr auf den Krieg, also auf die Vernichtung, nicht die Reproduktion eingestellt. Der Krieg entzog aber in stets wachsendem Maße Arbeitskräfte. Die Produktion ging zurück, es wurde Kaubau getrieben.

Die erzeugten Güter aber verfielen in stets wachsendem Maße der direkten Vernichtung, sei es nun auf den Schlachtfeldern, sei es durch die Verschleuderung und Zerstückung in der Stappe und in der Heimat. Die Gütervernichtung erfolgte auf Kosten des Staates. Er versuchte wie eine Privatwirtschaft, die Schulden für seine Verbrauchszwecke aufnimmt. Dadurch wurde bewirkt, daß während auf der einen Seite die Grundlagen des sachlichen Reichtums zerstört wurden, eine Minderung des realen Volkseinkommens eintrat, auf der anderen Seite der eingebildete Reichtum in Papiergeldform gemessen in Mark anwuchs. Dieser scheinbare Widerspruch führte zu der gewaltigen Revolution der Preisverhältnisse. Zunächst aber täuschte er weite Kreise der Bevölkerung darüber hinweg, daß der Krieg die Expropriation der Volkswirtschaft bedeute. Gewohnt, den Reichtum nach Geldwert zu messen, erkannte die Bevölkerung die gewaltige Bevormundung durch den Krieg erst, als Not und Hunger die unteren Schichten zum Nachdenken über den schreienden Widerspruch zwangen — und ein Teil der Bevölkerung erkennt sie heute noch nicht.

Geht er oder geht er nicht?

Herr Erzberger hat schnell von dem hohen Hof herunter steigen müssen, von dem herab er noch am Dienstag verurteilt, daß die Gegner sich verschonen würden, wenn sie glaubten, durch ihre Angriffe wegen seiner Steuererklärungen ihn zu Fall bringen zu können. Der Koalition ist allmählich doch klar geworden bei dem Gedanken, daß in der Nationalversammlung gezwungen werden könnte, wie eine durchgreifende und unbeeinträchtigte Untersuchung der Steueraffären Erzbergers durch eine Behörde gewährleistet werden könnte, die dem Reichsfinanzminister Erzberger unterstellt ist. So hat denn Wolffs Bureau am Mittwoch den „vorläufigen Rücktritt Erzbergers“ in folgender Weise ausfindig machen lassen:

Berlin, 24. Februar. Nach Bekanntgabe der geschlossenen Steueraffären des Reichsfinanzministers Erzberger in der Presse hat dieser unverzüglich beim Finanzamt in Charlottenburg eine Untersuchung gegen sich veranlaßt und damit seinerseits auf jede materielle Erwiderung in der Presse verzichtet, die der Untersuchung vorzuziehen könnte. Gleichzeitig hat er den Reichspräsidenten gebeten, ihn bis zum Abschluß dieser Untersuchung von der Wahrnehmung seiner Dienstgeschäfte zu entbinden, damit auch nicht der Schein eines Drucks auf die Untersuchung des Finanzamts fallen möge. Der Reichspräsident hat dem Ersuchen des Reichsfinanzministers entsprochen und angeordnet, die Untersuchung mit unbeschränkter Befugnis durchzuführen und ihm sofort Bericht über das Ergebnis zu erstatten. Mit der Stellvertreterung des Ministers ist der Unterstaatssekretär Bödele beauftragt.

Aus Berlin wird uns dazu folgendes gemeldet:

Es handelt sich dabei nicht allein um die Person des Herrn Erzberger. Da er als Zentrumsvertreter, wie sich mehr und mehr zeigt, nicht der Vertreter der gesamten Partei, sondern eines von ziemlich großer Opposition innerhalb der Partei feststehenden Flügel ist, so werden mit seinem Rücktritt prinzipielle Fragen der Regierungskoalition aufgeworfen. Die Regierung, die offenbar die Gefahr einer Parteineugruppierung fürchtet, sieht nicht in dem Rücktritt Erzbergers eine Befreiung der gesamten Koalition von der Verantwortung für die gegenwärtige Lage, sondern nur eine Entlastung. Wohl hauptsächlich aus diesem Grunde versucht man, die Krise so weit wie möglich hinauszuschieben. Wenn der Reichsfinanzminister in der Angelegenheit seiner Steuererklärungen noch eine einträgliche Annehmbarkeit finden sollte, so wird die Regierung wohl versuchen, ihn zu halten, da der öffentliche Prozeß neue wesentliche Momente nicht mehr bringen dürfte. Die Stellung des gesamten Kabinetts ist dann aber durch Erzbergers schwere Belastung im ganzen gefährdet und die Position der Koalitionsregierung keineswegs leichter als beim Rücktritt Erzbergers.

Diese Auffassung unseres Berliner Mitarbeiters wird bestätigt durch Äußerungen der rechtssozialistischen Presse. Heilmanns Sozialistische Korrespondenz schreibt z. B.:

Können Erzbergers Steuerhinterziehungen nachgewiesen werden, so ist er natürlich als Minister und Parlamentarier unzulässig. Aber das wird nicht im Prozeß verhandelt, sondern durch eine besondere Untersuchung aufklärt. Von den Angriffen Selberichs sind heute noch 70 Prozent genau so unbewiesen oder genau so harmlos aufgedeckt, wie am ersten Verhandlungstage. Lediglich in Sachen der Erzberger-Ziele A. G. scheint Erzberger sich eine Intorrettheit haben ausfinden lassen können. Deswegen wird ihn die Zentrumspartei, die natürlich in dieser Frage das erste Wort hat, schwerlich fallen lassen.

Und der Vorwärts verlegt sich darauf, unter Verschönerung seines endgültigen Urteils über den Prozeß, die Absicht der Deutschnationalen bei ihren Angriffen auf Erzberger in den Vordergrund zu stellen. Ihren Tonne es nicht auf die Moral, sondern darauf an, den Träger einer ihnen verhassten Politik unzulässig zu machen. Diese Absicht müßte erkannt und durchkreuzt werden. Tapper erklärt das Organ der Rechtssozialisten: „Ob Erzberger schuldig oder nichtschuldig sei, ob er zurücktrete oder nicht, die bestehenden Klassenverhältnisse bewegen keine Partei weniger zu bezweifeln haben.“ Wohin man bestimmt ein größeres Prozeßgeschehen setzen muß. Denn wenn durch den Fall Erzberger der rechte Flügel der Zentrumspartei zur Herrschaft gelangt und die Koalition insollgedessen zerbröckelt, so steigt der Einfluß der Demokraten in der Regierung, deren Leuchten, Goltstein, Dernburg u. a. schon wiederholt in grimmiger Weise die Finanzpläne Erzbergers beschuldigt haben, die dem Kapital etwas näher auf den Leib rücken.

Indes ist Herr Erzberger ja noch gar nicht gegangen und die Rechtssozialisten nähren offensichtlich die Hoffnung, daß ihnen diese wertvolle Kraft und Koalitionssäule in der Regierung erhalten bleibe. Sie sind dazu bereit, über die Geschäftsmoral des gerissenen Zentrumspolitikers den Mantel der Nächstenliebe zu breiten, wie Heilmanns Äußerung deutlich zeigt. Diesen „harmlosen“ und neuen Scheitel der gegen Erzberger vorgebrachten Tatsachen „unbewiesen oder harmlos“. Wir haben schon neulich gesagt, daß die Anpassung der Rechtssozialisten an das kapitalistische System notwendigerweise auch ihre Anpassung an die kapitalistische Geschäftsmoral zur Folge haben mußte, daß sie auch der Verquickung von Politik und Geschäft, wie sie unter dem Kapitalismus in den bürgerlichen Parteien üblich ist, nicht mehr die Anerkennung versagen können. Das ist, wie wir sehen, schon eingetreten. Wir können uns nach diesen Worten Heilmannischer Milde und bei der Zurückhaltung des Vorwärts ausmalen, mit welcher Strenge die Herren Rechtssozialisten in der von ihnen vorläufiger Weise selbst eingeschickten Untersuchungskommission über die Praktiken jener rechtssozialistischen Politiker urteilen werden, die ihre Beziehungen zu den Herren Sella und Parvus auszunutzen verstanden. Wir verstehen es, daß diese Erfahrungen die Scheidemannner tolerant gegen die Erzberger machen, zumal der vielgewandte und feig über gute Informationen verfügende Reichsfinanzminister auch über diese Affären mehr wissen dürfte, als den Rechtssozialisten lieb sein kann.

Die Gegenlisten.

Die alldeutsche Presse hat sich bis heute noch nicht mit dem Verfahren gegen die Kriegsverbrecher einverstanden erklärt, das sie zum Teil selbst gefordert hat, als die Auslieferungsfrage noch nicht durch die letzte Note der Entente entschieden war. Damals ist die Kreuzzeitung und mit ihr ein Teil der übrigen deutschnationalen Blätter fast mit Begeisterung dafür eingetreten, die Beschuldigten vor dem deutschen Reichsgericht zu verurteilen und eventuell zu verurteilen. Nun hat die Entente sich zu dieser Lösung entschlossen hat, sieht sich die alldeutsche Presse gezwungen, ihre wahren Absichten zu enthüllen und fordert nunmehr die Strafflosigkeit der Kriegsverbrecher. Sie greift jetzt täglich in langen Leitartikeln die Regierung, die sie ursprünglich in ihrer Diktatur unterstützt hat, an, und die Regierung kann die unangenehmen Bundesgenossen, die sie noch eben so flehentlich gerufen hat, jetzt nicht los werden. Es ist das alte, bekannte Spiel, daß man erst eine Hege inszeniert hat, deren man nun nicht Herr werden kann. Mit besonderem Nachdruck fordert die alldeutsche Presse zur Zeit die Veröffentlichung von Gegenlisten. Jeder Überzeugte Anhänger einer objektiven Gerechtigkeit wird die Forde-

rung nach Veröffentlichung der Kriegsverbrecher, die es auch auf seinen unferen Gegner gegeben hat, für durchaus berechtigt halten. Wenn diese Forderung aber von einer Seite erhoben wird, die die Veröffentlichung der deutschen Kriegsverbrecher ablehnt, die vor allem die Störung der allgemeinen Kriegsverbrecher vor einem internationalen Schiedsgericht verweigert, so kann man sicher sein, daß diese Forderung nicht im Interesse der Gerechtigkeit, sondern aus nachstem Parteinteresse erhoben wird, nämlich um von neuem Prestige unter die Massen zu tragen. Die Regierung erwidert auf die bauernd an sie gerichteten Anfragen, daß sie das Material für eine deutsche Gegenliste bereits zusammengestellt habe, daß sie aber mit der Veröffentlichung und der Ueberreichung der Gegenliste an die Entente bis zu einem Zeitpunkt warten werde, der ihr als der geeignete erscheint. Diese Erklärung muß mit großer Vorsicht aufgenommen werden. Es bestehen Anzeichen dafür, daß die Regierung beabsichtigt, die Liste zu einseitiger Verheimlichung mit besonderer Hervorhebung der russischen und französischen Greuelthaten und durch Verschweigung der englischen zu benutzen und veröffentlichen wird, sie in den Dienst ihres alten politischen Plans — nämlich der Spaltung der Entente — zu stellen.

Auf Noskes Spuren.

Berlin, 24. Februar. (Eigene Drahtmeldung des V. B.) Der Oberkommandeur der Alliierten in Danzig hat noch einmal Telegramm des Berliner Tageblatts ein einschneidendes Streikverbot erlassen:

„Jede Bestätigung durch Wort, Schrift oder andere Maßnahmen, die darauf gerichtet ist, lebenswichtige Betriebe zum Stillstand zu bringen, wird untersagt. Als lebenswichtige Betriebe gelten die öffentlichen Verkehrsmittel, die öffentlichen Krankenkassen, Postämter, Schlacht- und Viehhöfe, Kanalisationswerke, alle Einrichtungen und Anlagen zur Erzeugung und Fortleitung von Gas, Wasser und Elektrizität und zur Beförderung von Kohlen, sowie landwirtschaftliche Betriebe jeder Art. Wer dieser Verordnung zuwiderhandelt, oder zu Zuwiderhandlungen aufodert, wird mit Gefängnis oder Haft oder Geldstrafe bis zu 15 000 M. bestraft.“

Der Lamer wird auf diese Weise die volle Zufriedenheit der Danziger und der deutschen Bourgeoisie mit seinem Regime erlangen.

Ein kühler Augenblick.

Die Mögdeburger Volksstimme hat sich dieser Tage aus Anlaß des zunehmenden Anlaufs bürgerlicher Wähler durch die Schwenkindustrie und der Not der kleineren, kapitalistischschwächeren Arbeiterblöcke zu folgendem Stoßflug verhalten lassen:

„Was nützen politische Freiheiten, was hilft die formale staatsrechtliche Demokratie, wenn der Drache des Kapitalismus die Presse des werktätigen Volkes vor ihren Augen aufreißt? — Das Kapital, das volkreisliche bewirtschaftete Kapital, ist die soziale Demokratie. Es macht die papieren Verfassung zum höhnischen Witz der Weltgeschichte — durch Kapital!“

Die Angst hat dem Blatte eine sonst geäußerte Wahrheit ausgepreßt, daß unter der kapitalistischen Herrschaft nur eine formale Demokratie vorhanden ist. Das ist noch nicht einmal der Fall, sondern es herrscht eben Diktatur des Kapitals. In Versammlungen und in der Presse aber verkünden sie noch immer die Phrase von der vollendeten Demokratie.

Zur Gleichberechtigung der Frauen.

In der Preussischen Landesversammlung herrschte am Sonnabend Einverständnis aller Parteien über den Antrag der Demokraten, Frauen zur juristischen Prüfung zuzulassen. Der Vertreter des Justizministeriums aber bewies ein heutzutage ganz ungewöhnliches Maß von Rücksichtlosigkeit. Dem Antrag könne nicht stattgegeben werden, weil ihm die bestehenden Gesetze entgegenstünden. Genosse Krenschke antwortete ihm, der Geist der neuen Zeit sei ohne ganz spurlos am Justizminister vorbeigegangen zu sein. Auch den Sinn des Antrages habe man dort nicht erfaßt. Er wolle ja gerade, daß die entgegenstehenden gesetzlichen Bestimmungen beseitigt würden. Wenn hinsichtlich der staatsbürgerlichen Stellung der Frau ein bemerkenswerter Wandel in der Auffassung der rechtsstehenden Parteien eingetreten sei, so sollten sich die bürgerlichen Frauen bewusst sein und bleiben, daß dies eine Errungenschaft der Revolution sei. Die Objektivität der Frauen sei in Zweifel gezogen worden. Die Rechtsprechung sei bisher nie eine objektive, sondern ausgesprochene Klassenjustiz gewesen, die sich daraus erkläre, daß Richter über Dinge zu urteilen hätten, denen sie ihrer gesellschaftlichen Stellung nach weit fremd gegenüberstünden. Namentlich auch auf solche Fälle treffe dies zu, wo es sich um Frauen oder jugendliche handele. Hierin würden sich Frauen als Richterinnen besonders bewähren. Die Frage, ob nur verheiratete oder nur unverheiratete Frauen zur juristischen Laufbahn zugelassen werden, sollte überhaupt keine Rolle spielen, da sie auf alle überlebte Vorurteile zurückzuführen sei.

Der Geschichtsunterricht.

Zu einem heftigen Zusammenstoß der Meinungen kam es am Sonnabend in der Preussischen Landesversammlung bei der Debatte über den Erlass des Kultusministers über Geschichtslehrbücher, der bis zur Umarbeitung den Gebrauch von Geschichtsbüchern im Unterricht untersagt. Das Ministerium erklärte, durch den Erlass sei keine Schädigung der Verleger beabsichtigt. Die Benutzung der alten Geschichtsbücher sei lediglich untersagt worden, um dem Geschichtslehrer die Möglichkeit zu geben, unabhängig von den Verlegern seinen Unterricht mehr auf Kultur- und Wirtschaftsgeschichte einstellen zu können als auf die Geschichte der Kriege und Machterhebungen.

Die bürgerlichen Redner, wenn sie die Mängel der jetzigen Geschichtsbücher nicht ganz leugnen konnten, wollten nicht allzuviel daran geändert sehen. Ihnen gegenüber forderte unser Redner, Genosse Buch, eine durchgreifende Umgestaltung der Lehrbücher für Geschichte, aber nicht nur für höhere und Mittelschulen, sondern auch für die Volksschulen. Vor allem müsse der byzantinische und völkerverhetzende Geist aus den Schulbüchern verbannt werden. Nicht der Erlass, sondern der Laus der Weltgeschichte habe die alten Bücher zu Makulatur gemacht.

Vorbereitungen zum Pogrom.

Unter dieser Überschrift teilte die Freiheit mit, daß sie am 18. Februar den Staatskommissar für die öffentliche Sicherheit brieflich darauf aufmerksam gemacht hat, daß am Donnerstag dieses Tages bei dem bekannten Kunze (Kunze I. Kunze) Berlin-Schöneberg, Biederstraße 7, circa tausend Tschechen mit Handkettens abgelesen worden sind. Die Freiheit fragte an, was seitens der Behörde hierauf geschehen ist.

Der Vorwärts erfuhr darauf „von zuverlässiger Seite“, daß der Staatskommissar für die öffentliche Sicherheit bereits vor Eintreffen des Briefes der Freiheit die erforderlichen Schritte gegen Kunze unternommen habe.

Der Vorwärts fügt sich indes gedrungen, trotzdem seine Verwunderung darüber auszudrücken, daß gegen diesen Mann immer noch nicht gerichtlich vorgegangen wird. Es werden jetzt viel

recht harmlose Menschen auf Demonstrationen hin in Haft genommen. Dieser Pogromorganisateur läuft aber in voller Freiheit herum.

Wir wundern uns gar nicht. Wenn der Vorwärts sich über solche und ähnliche Dinge allenthalben „wundern“ will, so wird er von einer Verwunderung in die andere fallen müssen.

Deutschland.

Die Uebernahme der bayerischen Post und Bahn.

Nach der Augsburger Abendzeitung ist die Entschädigungsfrage wie folgt geregelt worden: Das Reich übernimmt die gesamten konsolidierten und schwebenden Staatsschulden Bayerns und dürfte an Bayern für Post und Eisenbahn zusammen noch rund 1 1/2 Milliarden herauszahlen. Die Besitzer von Eisenbahnobligationen werden voll kommen sichergestellt.

Krawalle in Ludwigshafen.

Ludwigshafen, 24. Februar. Hier hat eine große Demonstration der Arbeiter gegen die bestehende Lebensmittelknappheit stattgefunden. Der Mob benutzte die Gelegenheit und plünderte zahlreiche Lebensmittel-, Schuhwaren- und andre Geschäfte völlig aus. Französische Gendarmen griffen ein und nahen zahlreiche Verhaftungen vor. Abends 7 Uhr war die Ruhe wiederhergestellt.

Höring wird als Oberpräsident der Provinz Sachsen am Donnerstag in sein Amt eingeführt.

Eine französisch-rheinische Bank soll nach einer Meldung aus Bern mit einem Kapital von 20 Millionen Mark in R. B. L. n. errichtet werden.

Kleine Auslandsnachrichten.

Die Entente und Sowjetrußland.

London, 24. Februar. Die Friedenskonferenz hat heute den Beschluß gefaßt, daß die diplomatischen Beziehungen mit Sowjetrußland nicht wieder aufgenommen werden, bevor nicht Sowjetrußland eine Haltung zeigt, die mit den Normen der Zivilisation übereinstimmt. Inzwischen wird den Nachbarstaaten Rußlands angeraten, sich eines Angriffs auf Rußland zu enthalten, doch wird ihnen gleichzeitig die Unterstützung der Allierten für den Fall eines Angriffs Rußlands zugesagt.

Dieser Beschluß ist eine Rückschlusssache, die das Gesicht wahren soll. Es ist wohl klar, daß ein Friedensschluß mit Rußland die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen in Kürze doch zur Folge haben muß — im anderen Falle würden eben trostlose diplomatische Beziehungen an die Stelle der offiziellen treten. Eine gewisse Angst vor der bolschewistischen Propaganda spielt natürlich mit. Die französische Regierung soll besonders abgeneigt sein, eine russische Geländekriegsaktion in Paris auszuführen, die zum Mittelpunkt bolschewistischer Agitation gemacht werden könnte.

Bolschewistische Kommissionen in Kiew.

Berlingale Abendzeitung meldet aus Kiew: Sonntag vormittag trafen in Kiew zwei bolschewistische Kommissionen ein. Die eine hat die Aufgabe, die Durchführung des Friedensvertrages mit England zu überwachen; die Ankunft der zweiten Kommission hängt mit der Aufhebung der Blockade über Rußland zusammen. Beide Kommissionen stehen mit Moskau in direkter drahtloser Verbindung.

Verdrängung der Bolschewisten aus Kiew?

Die englische Militärmission in Südrußland meldet: Die freiwillige Armee hat am 20. Februar Kiew wieder erobert, 1500 Gefangene gemacht und 22 Geschütze sowie viel Material erbeutet.

Kein estnisch-russischer Geheimvertrag.

Die estnische Delegation in Paris demontiert die Nachricht, Estland habe mit der Sowjetregierung einen Geheimvertrag abgeschlossen.

Eine neue Konferenz der Nachbarstaaten.

Das lettische Pressebureau meldet nach Berlingale Abendzeitung unter dem 23. Februar aus Riga:

Bevor die lettische Regierung Friedensverhandlungen mit Rußland einleitet, will sie Vertreter Litauens, Polens und Finnlands zu einer Konferenz nach Riga einladen, auf der über eine gemeinsame Friedensaktion beraten werden soll. Die Polen wollen diese Verhandlungen in Warschau abgehalten wissen. Die erwähnte Konferenz soll Mitte März stattfinden.

Der französische Sozialistenkongress in Straßburg.

Mittwochabend wurde in Straßburg der Kongress der französischen Sozialisten eröffnet. Die Sitzungen des Kongresses werden etwa fünf Tage dauern. Es wird berichtet, daß sich nach den vorhandenen Anzeichen eine Mehrheit für den sofortigen Anschluß an die dritte Internationale finden werde. (1)

Nach einer Savakmeldung aus Nimes haben die dortigen Sozialdemokraten beschlossen, mit allen Kräfte für die britische Internationale zu arbeiten.

Reinigungsverschiedenheiten im Wieder- gutmachungsausschuß.

Paris, 24. Februar. Der Auslandspolitiker des Matin, Bauerwein, der den Ministerpräsidenten Millerand nach London begleitet hat, telegraphiert seinem Blatte, es sei in London kein Gehörnis für irgend jemand, daß die Debatten des Wieder gutmachungsausschusses in den letzten Tagen sehr peinlich waren. Mit Ausnahme des belgischen Delegierten hätten alle Kollegen des Senators Jonnart gegen die Eingriffe der französischen Regierung in Belgien hinsichtlich der Besetzungsrufen für die Rheinlande protestiert. Senator Jonnart hätte die Opposition nicht überzeugen können und sein Nachfolger Poincaré finde eine äußerst schwierige Lage vor.

Paris, 24. Februar. Die Wiedergutmachungskommission hat am Montag Poincaré einstimmig zum Präsidenten gewählt.

Die Rumänen räumen das ungarische Gebiet. Am 23. Februar beginnt die Räumung des von den Rumänen besetzten ungarischen Gebietes jenseits der Theiß.

Wahltag Asquiths. Nach einer Meldung aus London erhielten Asquith bei der Wahl in Watley 14 525 Stimmen, der Arbeiterkandidat Bigger 11 840 Stimmen, während der unionistische Kandidat Mac Donar nur 3775 Stimmen erlangte.

Landung englischer Marinesoldaten in Konstantinopel. Nach einer Meldung des Petit Parisien aus London ist in Konstantinopel ein Detachement englischer Marinesoldaten gelandet worden.

Der finnische Landtag ist nach einer Meldung aus Helsinki für heute aufgelöst worden.

Der Prozeß Erzberger — Helfferich.

Bei Beginn der Verhandlung am Dienstag behauptete der Angeklagte, daß Erzberger mehrfach bei Kapitalverschlebung im Ausland mitgewirkt und wohl auch Vorteil davon gehabt habe. Er beantragte, den Staatsanwalt, der solche Fälle bearbeitete, zu vernachlässigen. Erzberger erklärte diesen Vorwurf für ungeheuerlich und beantragte die Vernehmung dieses Geheimrats Helfferich vom Reichsfinanzministerium, den er von seiner Unschuldswichtigkeit entbinden werde. — In der Steuerangelegenheit teilte der Staatsanwalt mit, daß ein Staatsanwaltschaftliches Ermittlungsverfahren neben dem der Steuerbehörde schwebt. — Junge Oberst Gieseler von der Ein- und Ausfuhrabteilung des Kriegsministeriums bekundet: Der Abgeordnete Erzberger habe vier- bis fünfmal im Kriegsministerium interveniert und für Toppfen die Ausfuhrerlaubnis für Schuphschilde nach Holland beschworzt, ebenso die Reklamaktion von Freix Toppfen. Im Falle Böhmer habe er Einkäufe in Stockholm für etwa 15 Millionen Mark besteuert. Hier habe auch der Abgeordnete Helfferich mitgewirkt. Erzberger habe zum Schluß dem Standpunkt des Kriegsministeriums recht gegeben, das für die Toppfen'schen Schuphschilde für Holland keinen niedrigeren Preis habe zugeben wollen als Deutschland zahlen mußte. — Helfferich bemerkte hierzu, ohne Einspruch Gieseler's würde Erzberger das Reich um mehrere hunderttausend Mark gebracht haben.

Es wird dann weiter über die bereits früher erörterten Del- und Freilassungsgeschäften verhandelt. Kommerzienrat Herz, der während des Krieges stellvertretender Vorsitzender der Del- und Freil.-G. m. b. H. war, soll darüber ausfragen, ob ihm die Bemerkungen Erzbergers für private Fälle bekannt sind. Er kann über zwei Fälle Mitteilung machen. Es soll sich dabei um Einwirkungen Erzbergers auf Dellieferungen handeln. — Der zweite S. u. G. Dr. Dent, der Inhaber der Firma Dent u. Ziegler, gibt an, daß er mit Erzberger befreundet gewesen sei. Der Zeuge erklärt, daß kein Freund Erzbergers sich bemüht habe, einen größeren Posten Delstoff für ihn freizubekommen. Die Bemerkungen waren aber verneinlich. Diese Intervention sei lediglich ein Freundschaftsdienst gewesen.

Direktor Weigelt, Leiter des Kriegsaussschusses für Del- und Freil., sagt aus, daß sich Erzberger in etwa vier bis sechs Fällen an ihn gewandt habe. Im einem Falle habe es sich darum gehandelt, aus faulen Eisen und Freix Toppfen herzustellen. Das Verfahren sei aber nicht durchgeführt worden, da in Deutschland die faulen Eisen zur Herstellung von Alumin verwendet wurden. Im Falle Trippe habe es sich um die Herstellung einer Seife ohne Del und ohne Freix gehandelt. Trotzdem der Kriegsaussschuß nach mehrfacher Prüfung die Seife als ungeeignet bezeichnet habe, habe Herr Erzberger immer wieder auf Untersuchung gedrängt.

Erzberger bemerkt dazu: In Anbetracht der ungeheuren Seifennot ist man vielfach mit Vorschlägen an mich herangetreten. Diese Seife hat mir gut gefallen, und ich hielt es für einen ungeheuren volkswirtschaftlichen Nutzen, wenn die Seife eingeführt würde. Im Anschluß daran kommt es zu einer Auseinandersetzung zwischen Erzberger und Helfferich, in der der Letztere auf die Integrität des Nebenklägers an dem Kommerzienrat Gumpel-Gannover erörtert. Helfferich vergleicht diese Beziehungen mit dem Falle Kommerzienrat Hochberg und zieht daraus die Konsequenz, daß Herr Erzberger Leute, zu denen er in Beziehung stand, in sehr einflussreichen Stellen unterbrachte. — Erzberger erklärt auf die meisten Fragen: Ich erinnere mich nicht.

Dann wird Regierungsrat Selbold vernommen, der darüber ausfragt, daß ein von der württembergischen Staatsregierung mit einem Schweizer Konsortium abgeschlossener Vertrag auf Lieferung von Lebensmittel zustandgekommen sei, weil durch die Empfehlung Erzbergers eine Sicherungsdation Dr. Dent's unternommen wurde. Im Januar 1919 wurde an eine Firma Stoß in Zürich Einfuhrgenehmigung für Getreide für 300 000 Mk. und für 250 000 Liter Baumöl erteilt. Als Kontingent wurde das Bankguthaben des Dr. Dent in der Schweiz in Höhe von 1 1/2 Millionen Mark zur Verfügung gestellt. Herr Erzberger hat einem gewissen Swoboda zur Abwicklung dieser Geschäfte einen Empfehlungsbrief des Reichsjustizministeriums ausgeschrieben. Als Empfänger der Waren wurde ein Herr Jung in Frankfurt a. M. angegeben. Als nun die Reichsstelle für Textilwirtschaft die zinsfreie Gebühr in Höhe von 10 000 Mk. bei der Firma Jung einlegen wollte, verweigerte diese die Bezahlung mit der Begründung, ihr sei von dieser Summe nichts bekannt. Dagegen lief ein Telegramm des Herrn Dent aus München ein, in dem dieser erklärte, er wolle die Gebühr bezahlen. Es wurde nun mit der Angelegenheit befaßt und Sperte sofort die Einfuhr der Ware. Die Firma Stoß und Dr. Dent intervenierten sowohl schriftlich als auch in Telegrammen mehrmals. Herr Dr. Dent versuchte auch auf andre Art die Bezahlung seines Kredits in der Schweiz zu erreichen. Eines Tages kam er und erklärte, daß sich ein Schweizer Konsortium gebildet habe, das der württembergischen Regierung für 5 Millionen Lebensmittel und Rohstoffe liefern wolle, und daß 1 1/2 Millionen Mark, die er in der Schweiz liegen hatte, zu diesem Zwecke zur Verfügung gestellt werden. Dieser Vertrag zwischen dem sogenannten Schweizer Konsortium, das natürlich von Herrn Dr. Dent gebildet und geleitet war, wurde mit dem württembergischen Finanzministerium in Gegenwart des Ministers Erzberger abgeschlossen. — Helfferich: Das ist also auf gut deutsch ein ganz verwegenes Schiebergeschäft gewesen. — Erzberger: Es handelt sich hier doch um kein Schiebergeschäft. Die Firma Dent war imstande, der württembergischen Regierung Lebensmittel aus der Schweiz zu verschaffen.

Staatsanwalt Helfferich antwortet als Zeuge auf die Frage des Vorsitzenden, ob er etwas über Beteiligung Erzbergers an Goldverschlebung nach dem Auslande wisse: Ueber seine Beteiligung weiß ich nichts, aber es liegt der Verdacht der Begünstigung vor. Ende 1919 ging eine Anzeige bei uns ein gegen den Schweizer Rechtsanwalt Dr. Michael Thalberg, der der Kapitalverschlebung nach der Schweiz für Deutsche beschuldigt wurde. Tatsächlich konnten schon nach wenigen Tagen etwa 42 Millionen Mark Gelder, die auf Konto des Herrn Thalberg bei deutschen Banken lagen, beschlagnahmt werden. Der ganze Betrag, den er verschoben hat, mag 10 bis 15 Millionen Mark betragen. Zu den Angeklagten gehört eine große Reihe von Herren in hervorragenden Lebensstellungen. An der Sache ist auch eine große Bank beteiligt, und ich muß sagen, daß auch gegen den Direktor dieser Bank ein Verdacht vorliegt. Dieser Direktor erklärte mir, daß Herr Thalberg die besten Beziehungen zu den Richtern habe, und daß ihm diese gewiß gewesen seien. Er hat meines Wissens auch den Namen Erzberger genannt. Kurze Zeit darauf erschien ein anderer Angeklagter, ein höherer Beamter des Auswärtigen Dienstes, mit seinem Verteidiger, und dieser teilte mir mit, daß ich mit meiner Anklage kein Glück habe, weil an höheren Stellen die Verfolgung der Angelegenheit nicht gewünscht werde. Das Verfahren würde sicher niedergeschlagen werden. Dann erhielt ich eines Tages einen Brief von einem Rechtsanwalt Kahn aus München. Dieser schrieb mir, daß Erzberger Erzberger der beste Freund Thalbergs sei und mit ihm in der Schweiz über diese Angelegenheit gesprochen habe. Später kam dann der bayerische Konsul Weimann zu mir und sagte, er habe mit Thalberg gesprochen und Thalberg habe ihm erklärt, er habe durch den Baron Oskar Rosenbergs mit Erzberger verhandelt und dieser habe ihm erklärt, die Sache werde nicht so schlimm werden. Auf meine Frage, wie Erzberger Erzberger mit Thalberg zusammenkomme, erwiderte der Konsul Weimann, daß er Beziehungen zu ihm habe. Im übrigen war Thalberg spionageverdächtig und es war ihm verboten, nach Deutschland zu kommen. Gleichwohl ist es ihm gelungen, nach Berlin zu fahren, wo er mit dem Freiherrn v. Rittshofen zusammenkam. — Gehelmar v. Gortan: Welche Verdachtsmomente bestehen nun, daß Erzberger an den Valutageschlebung beteiligt ist? — Staatsanwalt Helfferich: Wenn Erzberger tatsächlich in der Schweiz war und mit Thalberg sprach, so ist es doch klar, daß er sich mit ihm über diese Dinge unterhielt.

Auf Vorhaltungen Helfferichs gibt Erzberger zu, daß er sich wohl zweimal mit Thalberg getroffen habe. Ob seine Frau Thalberg in seinem Bureau besucht habe, könne er nicht angeben. Sein

Geld habe er auf regulärem Wege durch Banken nach der Schweiz erhalten.

Helfferich erklärt dazu: Ich muß sagen, daß ich es für schwere Korruption halte, wenn ein Finanzminister, der sich selbst gegen Geldverschlebung in das Ausland festig eingesetzt hat, persönlich Gelder nach der Schweiz schickt. Wenn Herr Erzberger als Privatmann sein Geld in die Schweiz schickt, und zwar auf einem Bankwege, und dabei angibt, es handle sich um politische oder kirchliche Zwecke, so ist das ein Schußbeispiel für die Ausnutzung seiner politischen Machtstellung zu privatem Vorteil. Es ist der Gipfel der politischen Korruption. (Bewegung im Saale.) — Erzberger: Das ist eine leere Behauptung Ihrerseits.

Nach einigen Erwiderungen über den Fall Pöppeln, aus dem Helfferich herleitet, daß Erzberger von selber in einem „ungläublichen Verhättnis zur Wahrheit“ gestanden habe, wird die Verhandlung vertagt.

Gaukonferenz der Fleischer.

Der Zentralverband der Fleischer, Gau Sachsen und Thüringen, hielt am 23. Februar im Volkshaus zu Leipzig seine Gaukonferenz ab. Ueber die Aufgaben im Gau und die Arbeitsgemeinschaften, ihr Ausbau, Wesen und Wirken referierte Gauke-Dresden. Er streifte die Abwanderung der Fleischergehilfen nach andern Arbeitsgebieten. Der Einstellungszwang sei eines Geistes als 900 Konsumenten sei noch nicht restlos durchgeführt. Nur in Sachsen sei es fast allen Bezirken gelungen, den Einstellungszwang durchzuführen. Der Widerstand der Unternehmer sei zurückzuführen auf den Arbeitgeberverband und auf die Zunahme; andererseits verhalten sich die Meister jede Lohnbewegung zu ihren Gunsten auszusprechen. In dieser Beziehung müsse bei den Behörden dahin gearbeitet werden, daß nicht unrentable Betriebe die Volkswirtschaft weiter belasteten. Der Referent kam dann auf die Gelehen zu sprechen, die in einer Reihe von Amtshauptmannschaften Sachsens sich festzusetzen versuchten, wie in Grafenhain, Lunau und Döbeln. Sie hätten aber, nach einem Schreiben des sächsischen Arbeitsministeriums zu urteilen, darin nichts zu suchen und seien nicht als Vertreter der Arbeiterorganisationen zu betrachten. Die Zahl der Lehrlinge sei in Sachsen auf 50 Prozent des früheren Durchschnitts herabgesunken, was aber immer noch zu viel sei. 10-15 Prozent würden anzuwachsen. Seit dieser Beschränkung gehe der Leipziger Obermeister damit hantieren, daß nur die Söhne „Besserer Eltern“ Fleischer werden sollten. Nebenher trat dafür ein, daß die Frage der Anstellung den Fachaussschüssen unterbreitet werden müsse. Diese seien als Zentralvermittlungsstelle anzubauen und hätten sich auch mit der Organisation zu befassen, indem es sehr gälte, vor allen Dingen die Lehrlinge zu organisieren, ohne sie aber an Lohnkämpfen teilnehmen zu lassen. Weiterhin aber auch Hilfsarbeiter, Verkäuferinnen, Schlachthofarbeiter, Trichinenbeschauer und das Kontorpersonal der großen Betriebe mit zu erfassen. Beste Entscheidung für die Lehrlinge in den kommenden Lohnbewegungen durchzuführen, sei ein weiteres Ziel. Die Lohnbewegung werde in Sachsen amtshauptmannschaftlich geregelt, daselbst müsse für Abstützen angefordert werden.

Die Frage, ob die Schlichtungsinstanzen weiter ausgebaut werden sollten, wurde verneint worden. Dagegen trat der Referent — entgegen der Ansicht der Referenten der Anwesenden — wie sich später ergab — in der Frage der Arbeitsgemeinschaften

für diese ein, obgleich er zugab, daß aus welchen Forderungen heraus sie entstanden sind und daß sie als Stützen des Kapitalismus zu gelten haben. Es sei Aufgabe der Arbeitsgemeinschaften: a) Unterstützung des Gewerbes und der Industrie bei der Beschaffung von Rohmaterialien, Beratung der Behörden wegen Ein- und Ausfuhr, Handelsverträge, sonstige Wirtschaftsverträge, b) Uebernahme der Aufgaben, die durch wirtschaftliche Selbstverwaltung entstehen, c) Mitwirkung bei der Vergütung von Fleischerunterstützung des Submissionswesens, d) Beschaffung von Arbeitsbeschäftigten, e) Hilfe bei der Unterbringung von Arbeitsbeschäftigten, schließlich noch Beratung der Behörden in sozialen Fragen, Einrichtung partizipativer Arbeitsnachweise, Regelung des Lehrlingswesens. Der Referent vertrat den Standpunkt, sich nicht grundsätzlich von den Arbeitsgemeinschaften zu trennen, sich aber Unengenfreiheit vorzubehalten, eine Ansicht, die später durch Abstimmung zugunsten einer realistischen Forderung von Arbeitsgemeinschaften entschieden wurde.

In der Frage des Arbeitsnachweises sei eine Fachabteilung für das Fleischergewerbe zu fordern und ein Einfluß beim Ausbau, Umbau oder Umbau der Arbeitslosenunterstützung.

Schlieflich wurde noch eine Erhöhung der Beiträge vorgeschlagen in Anbetracht der heutigen Geldverhältnisse.

In der Diskussion wurde auf den Widerspruch hingewiesen, der zwischen den Ansichten des sächsischen Arbeitsministeriums und denen des Herrn Schlaue vom Reichsarbeitsministerium hinsichtlich der Gelehen besteht. Heinde-Weipig brachte den Leipziger prinzipiellen Standpunkt in der Frage der Arbeitsgemeinschaften zum Ausdruck, in dem er diese als Arbeitsgemeinschaften und Hindernis für die Kommunalisierung kennzeichnete. Er betonte den Charakter der Gewerkschaften als Kampfgemeinschaft und sprach von Ludwig-Erfurt, Urban-Leipzig, Raben-Dresden und auch von anderer Seite Unterstützung, so daß die Beteiligung an der Arbeitsgemeinschaft mit 19 gegen 11 Stimmen abgesehen wurde.

Eine Resolution Leipzig, die Weidhorn-Leipzig vertrat, wurde mit einer geringfügigen Änderung einstimmig angenommen. Sie lautet:

„Die am 23. Februar 1920 in Leipzig tagende Gaukonferenz des Gau Sachsen und Thüringen im Zentralverband der Fleischer protestiert gegen die Verwaltungsmaßnahmen der Regierung gegenüber der revolutionären Arbeiterkraft und ihrer Presse. Zu keiner Zeit seit dem Sozialistengesetz ist das freie Wort mehr geknebelt worden als unter gegenwärtiger Regierung, in welcher die Führer der Arbeiterbewegung in der entscheidenden Einfluss ausüben. Speziell in Thüringen und Sachsen wird ohne zwingende Gründe fortgesetzt die oppositionelle und maßgebende Arbeiterpresse unterdrückt und ihre Redakteure in Schutzhaft genommen. Dadurch werden auch die gewerkschaftlichen Interessen auf das empfindlichste verletzt und geschädigt, da die gewerkschaftlichen Forderungen und Ziele von dieser Presse am laudlichsten und mit Nachdruck vertreten werden. Durch den Belagerungsstand und der in gänzlich ruhigen Bezirken ohne Grund verhängt wird, ist die gewerkschaftliche Tätigkeit außerordentlich eingeengt. Die freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter protestieren gegen die militärische Diktatur, wie sie heute in Deutschland ausgeübt wird und sprechen ihre Verachtung über die Anechtung der Arbeiterkraft aus, deren Anweisung von Ministern geschieht, die selbst gewerkschaftlich organisiert sein wollen und die sich früher, als sie noch nicht im Ministerium saßen, selbst mit den schärfsten Worten gegen die Unterdrückung der Arbeiterbewegung wandten.“

Schäfer, Redakteur des Fleischer, hielt dann das Referat über Betriebsräte, wobei er die das Fleischergewerbe besonders angehenden Punkte hervorhob. Wegen der vorgeschrittenen Zeit wurde auf eine Diskussion zu diesem Punkte verzichtet.

Am Schluß der Tagung wurde noch ein Antrag angenommen, dahin zu wirken, daß schon bei einer Anzahl von 500 Konsumenten der Gelehen zu einsehen soll.

Saupe kündigte im Schlußwort an, daß demnächst ein Landesrat für Kleinbetriebe in Maritz angenommen werden wird.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Heinrich Fleischer in Leipzig. Verantwortlich für den Anzeigenenteil: Friedrich Willr. Vorwärts-Leipzig. Druck und Verlag: Pöppel'scher Buchverlag, Aktien-Gesellschaft, Leipzig.

Diese Nummer umfaßt 10 Seiten.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 26. Februar.

Parielangelegenheiten.

Parielteilung.

Freitag, den 27. Februar, abends 6 Uhr: Sitzung im Volkshaus (Cafe, Mitte) mit Kariell und Sportverbänden.

Der Bezirksvorstand der U. S. V.

Mit-Leipzig, Westen II. Freitag, abends 7 1/2 Uhr: Funktionärsitzung der Appenfelder, Poniatowskystraße 8. Erscheinen aller Funktionäre ist Pflicht!

Funktionäre von Leipzig-Anger. Freitag, den 27. Februar, abends 7 Uhr: Wichtige Funktionärsitzung in der Grünen Aue, Bernhardtstraße 26 (Bund).

Südost-Bezirk. Montag, den 1. März, abends 7 Uhr, bei Quasdorff. Wichtig!

Tausch. Freitag, den 27. Februar, abends 6 Uhr: Wichtige Funktionärsitzung sämtlicher Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre jeder Betrieb muß vertreten sein!

Gingehen oder Weitererscheinen der Leipziger Volkszeitung?

Die deutschen Zeitungen stehen vor einer Katastrophe, heißt es in der Entschließung der deutschen Zeitungsverlegerkonferenz...

Auch die Besitzer von Zeitungen leiden schwer unter den Folgen der Profitwirtschaft. Die Zeitungsverleger weisen besonders auf die arbeitslosen Spekulationen und Schiebung...

In Leipzig sehen sich die Tageszeitungen gezwungen, die Bezugsgebühren um 50 Prozent, die Anzeigengebühren um 25 Prozent zu erhöhen...

Arbeiter! Frauen! Haltet euren Blatt die Treue. Werbt für die Leipziger Volkszeitung. Jeder neue Leser ist ein neuer Mitkämpfer des revolutionären Proletariats für den Sozialismus.

Was der Rat verbietet.

Die Erhöhung des Straßenbahntarifs, die gegenwärtig die Leipziger Öffentlichkeit stark beschäftigt, wird im wesentlichen mit der Lohnsteigerung für das Personal der Straßenbahn begründet...

Lohnbewegung der Straßenbahner.

Am 19. Februar ging durch die Leipziger Presse die Nachricht von bevorstehenden Tarifverhandlungen der Straßenbahn...

Am nun der Bevölkerung Leipzigs einmal an Hand von Zahlen zu beweisen, mit welcher traurigen Schicksalen die Angestellten und Arbeiter bisher abgepeinigt wurden...

Das ist geradezu auffällig, wenn die Presse schreibt, die Gesellschaft arbeite dauernd mit Unterbillanz, ohne daß es bisher möglich war, einzelne Angaben darüber zu erhalten...

Des weiteren schreiben die Leipziger Neuesten Nachrichten, daß eine Tarifänderung eine kaum noch erträgliche Belastung für die Bevölkerung darstellen muß...

Nicht nur bei dem Fahrpersonal, sondern auch bei dem übrigen Betriebs- und dem Werkstättenpersonal ist die Entlohnung eine derartig schlechte, daß es von den ca. 4500 Angestellten keinem einzigen möglich ist, mit der von Woche zu Woche zunehmenden Teuerung auch nur einigermaßen Schritt zu halten.

Die Forderungen der Angestellten und Arbeiter sind keineswegs übertrieben, sondern im Rahmen der Möglichkeit gehalten und die Straßenbahner sind gewillt, ihren gerechten Forderungen mit allen Mitteln Nachdruck zu verleihen.

Das Verbot dieses Platats bedeutet einen Mißbrauch der Amtsbeschlüsse des Rates. Mit dem Verbot hat der Rat in völlig unzulässiger Weise in den Lohnkampf der Straßenbahner eingegriffen.

Der Rat lehnt den Achtfundentag in den Krankenanfällen ab. In einer Mittheilung des Rates an die Stadtverordneten hat der Rat die Einführung des Achtfundentages für das Personal der Krankenanstalten abgelehnt.

Die Leipziger Neuesten Nachrichten bringen in ihrer Abendausgabe vom 17. Februar einen offenbar offiziell inspirierten Artikel, in dem besonders die aufgestellten Behauptungen über das Mißschreiben des Rates an die Städte, Gewerbetriebe, Zufriedenheit des Personals usw. derartig einseitig und entstellend sind...

Die Anwendung der Verordnung vom 23. November 1918 gilt nach ausdrücklicher Gesetzesvorschrift (Ziffer 1) auch für das Pflegepersonal in Staats- und Kommunalanstalten, auch wenn dieselben nicht der Gewinnerzielung dienen.

Die Anwendung der Verordnung vom 23. November 1918 (Verordnung über den Achtfundentag) fällt, dem stehen gegenüber, die Entschlüsse des Reichs- und Provinzialparlamentes vom 23. November 1918 und vom Januar 1920, in denen ausdrücklich betont wird, daß das Pflegepersonal in den Krankenanstalten (soweit dieselben nicht private Wohltätigkeitsanstalten sind) den gewöhnlichen Arbeitern zuzurechnen ist.

Wir wollen das an folgendem beweisen: In unserer Eingabe an das Stadtverordnetenkollegium betreffend Einführung des Achtfundentages führten wir folgende Städte an: Berlin, Hamburg, Breslau, Chemnitz, Danzig, Danzstadt, Dresden, Erfurt, Frankfurt a. M., Götting, Kassel, Nürnberg, Plauen, Potsdam, Borna, Barzen, Dortmund, Düsseldorf, Elberfeld, Remscheid, Essen sowie in allen Universitätsanstalten und Krankenanstalten des Reiches Kettow.

Der Rat und der Artikelschreiber der L. N. sagen nun weiter, daß dort, wo der Achtfundentag durchgeführt sei, sehr betrübliche Erfahrungen gemacht worden sind. Die Beweise für diese Behauptung zu erbringen, hat man schamhaft unterlassen.

Der Rat und der Artikelschreiber der L. N. sagen nun weiter, daß dort, wo der Achtfundentag durchgeführt sei, sehr betrübliche Erfahrungen gemacht worden sind. Die Beweise für diese Behauptung zu erbringen, hat man schamhaft unterlassen.

Der Rat und der Artikelschreiber der L. N. sagen nun weiter, daß dort, wo der Achtfundentag durchgeführt sei, sehr betrübliche Erfahrungen gemacht worden sind. Die Beweise für diese Behauptung zu erbringen, hat man schamhaft unterlassen.

Der Rat und der Artikelschreiber der L. N. sagen nun weiter, daß dort, wo der Achtfundentag durchgeführt sei, sehr betrübliche Erfahrungen gemacht worden sind. Die Beweise für diese Behauptung zu erbringen, hat man schamhaft unterlassen.

Der Rat und der Artikelschreiber der L. N. sagen nun weiter, daß dort, wo der Achtfundentag durchgeführt sei, sehr betrübliche Erfahrungen gemacht worden sind. Die Beweise für diese Behauptung zu erbringen, hat man schamhaft unterlassen.

Der Rat und der Artikelschreiber der L. N. sagen nun weiter, daß dort, wo der Achtfundentag durchgeführt sei, sehr betrübliche Erfahrungen gemacht worden sind. Die Beweise für diese Behauptung zu erbringen, hat man schamhaft unterlassen.

Der Rat und der Artikelschreiber der L. N. sagen nun weiter, daß dort, wo der Achtfundentag durchgeführt sei, sehr betrübliche Erfahrungen gemacht worden sind. Die Beweise für diese Behauptung zu erbringen, hat man schamhaft unterlassen.

Der Rat und der Artikelschreiber der L. N. sagen nun weiter, daß dort, wo der Achtfundentag durchgeführt sei, sehr betrübliche Erfahrungen gemacht worden sind. Die Beweise für diese Behauptung zu erbringen, hat man schamhaft unterlassen.

Der Rat und der Artikelschreiber der L. N. sagen nun weiter, daß dort, wo der Achtfundentag durchgeführt sei, sehr betrübliche Erfahrungen gemacht worden sind. Die Beweise für diese Behauptung zu erbringen, hat man schamhaft unterlassen.

Der Rat und der Artikelschreiber der L. N. sagen nun weiter, daß dort, wo der Achtfundentag durchgeführt sei, sehr betrübliche Erfahrungen gemacht worden sind. Die Beweise für diese Behauptung zu erbringen, hat man schamhaft unterlassen.

Der Rat und der Artikelschreiber der L. N. sagen nun weiter, daß dort, wo der Achtfundentag durchgeführt sei, sehr betrübliche Erfahrungen gemacht worden sind. Die Beweise für diese Behauptung zu erbringen, hat man schamhaft unterlassen.

der otologischen Kot. (Ohrenranke) wären gegen die Einführung des Achtfundentages. Die Haltung dieser Pflegerinnen dürfte verständlich werden, wenn man weiß, daß sich darunter aktive Mitglieder des Leipziger Bürgerausschusses befinden, ferner wie diktorisch die Oberpflegerin der otologischen Station ihren Untergebenen gegenüber austritt.

Die 8 Pflegerinnen dieser Station fürhellen sich z. B., an der geheimen Abstimmung teilzunehmen, weil sie es sonst nicht mehr aushalten könnten. Jetzt man weiter in Betracht, daß auf beiden Abteilungen im ganzen 10 Pflegerinnen beschäftigt sind, muß auch dieses Argument als ein lächerliches bezeichnet werden.

Wir betonen ausdrücklich, daß mit diesem Beschluß des Rates das letzte Wort noch nicht gesprochen ist, wir sind gewillt, den gesetzlichen Weg erschöpfend zu gehen. Wir hoffen aber, daß der Rat seinen Widerstand nicht soweit treibt, daß auch vom letzten gewerkschaftlichen Kampfmittel, der Arbeitsunterbrechung, in den Krankenanstalten Gebrauch gemacht werden muß.

Der Rat lehnt den Achtfundentag in den Krankenanfällen ab. In einer Mittheilung des Rates an die Stadtverordneten hat der Rat die Einführung des Achtfundentages für das Personal der Krankenanstalten abgelehnt.

Die Leipziger Neuesten Nachrichten bringen in ihrer Abendausgabe vom 17. Februar einen offenbar offiziell inspirierten Artikel, in dem besonders die aufgestellten Behauptungen über das Mißschreiben des Rates an die Städte, Gewerbetriebe, Zufriedenheit des Personals usw. derartig einseitig und entstellend sind...

Die Anwendung der Verordnung vom 23. November 1918 gilt nach ausdrücklicher Gesetzesvorschrift (Ziffer 1) auch für das Pflegepersonal in Staats- und Kommunalanstalten, auch wenn dieselben nicht der Gewinnerzielung dienen.

Wir wollen das an folgendem beweisen: In unserer Eingabe an das Stadtverordnetenkollegium betreffend Einführung des Achtfundentages führten wir folgende Städte an: Berlin, Hamburg, Breslau, Chemnitz, Danzig, Danzstadt, Dresden, Erfurt, Frankfurt a. M., Götting, Kassel, Nürnberg, Plauen, Potsdam, Borna, Barzen, Dortmund, Düsseldorf, Elberfeld, Remscheid, Essen sowie in allen Universitätsanstalten und Krankenanstalten des Reiches Kettow.

Der Rat und der Artikelschreiber der L. N. sagen nun weiter, daß dort, wo der Achtfundentag durchgeführt sei, sehr betrübliche Erfahrungen gemacht worden sind. Die Beweise für diese Behauptung zu erbringen, hat man schamhaft unterlassen.

Der Rat und der Artikelschreiber der L. N. sagen nun weiter, daß dort, wo der Achtfundentag durchgeführt sei, sehr betrübliche Erfahrungen gemacht worden sind. Die Beweise für diese Behauptung zu erbringen, hat man schamhaft unterlassen.

Der Rat und der Artikelschreiber der L. N. sagen nun weiter, daß dort, wo der Achtfundentag durchgeführt sei, sehr betrübliche Erfahrungen gemacht worden sind. Die Beweise für diese Behauptung zu erbringen, hat man schamhaft unterlassen.

Der Rat und der Artikelschreiber der L. N. sagen nun weiter, daß dort, wo der Achtfundentag durchgeführt sei, sehr betrübliche Erfahrungen gemacht worden sind. Die Beweise für diese Behauptung zu erbringen, hat man schamhaft unterlassen.

Der Rat und der Artikelschreiber der L. N. sagen nun weiter, daß dort, wo der Achtfundentag durchgeführt sei, sehr betrübliche Erfahrungen gemacht worden sind. Die Beweise für diese Behauptung zu erbringen, hat man schamhaft unterlassen.

Der Rat und der Artikelschreiber der L. N. sagen nun weiter, daß dort, wo der Achtfundentag durchgeführt sei, sehr betrübliche Erfahrungen gemacht worden sind. Die Beweise für diese Behauptung zu erbringen, hat man schamhaft unterlassen.

Der Rat und der Artikelschreiber der L. N. sagen nun weiter, daß dort, wo der Achtfundentag durchgeführt sei, sehr betrübliche Erfahrungen gemacht worden sind. Die Beweise für diese Behauptung zu erbringen, hat man schamhaft unterlassen.

Der Rat und der Artikelschreiber der L. N. sagen nun weiter, daß dort, wo der Achtfundentag durchgeführt sei, sehr betrübliche Erfahrungen gemacht worden sind. Die Beweise für diese Behauptung zu erbringen, hat man schamhaft unterlassen.

Der Rat und der Artikelschreiber der L. N. sagen nun weiter, daß dort, wo der Achtfundentag durchgeführt sei, sehr betrübliche Erfahrungen gemacht worden sind. Die Beweise für diese Behauptung zu erbringen, hat man schamhaft unterlassen.

Arbeiterbildungs-Institut. Kurse: Freitag abends 7 Uhr im Gartenhof des Volkshauses: Kurjus Herr. — Sonnabend abends 7 Uhr im Gencungshaus, Brautstraße 17: Kurjus Jenseit. — Sonntag vormittags 10 Uhr, Brautstraße 17: Kurjus Jenseit. — Gewerbloser-Kursus: Freitag nachmittags 1/4 Uhr im Volkshaus (Zimmer wird angekündigt).

Entlassungen von Wöhnerinnen aus dem Heere. Eine bisher unbekannte Tatsache teilen die Blätter für die Leipziger Armenpflege und Jugendfürsorge mit, daß nämlich dem Heere auch Wöhnerinnen angehört, die nach ihrer Entlassung noch Ansprüche auf Kriegswochenhilfe haben.

Leider vertritt die künftige Schriftleitung der genannten Blätter nicht, wieviel Wöhnerinnen in der deutschen Armee vorhanden waren.

Lebensmittelkarten für Mehrfremde. Mehrfremde aus dem Inlande erhalten Lebensmittelkarten, soweit sie Anspruch darauf haben, entweder in der Kassenkassa, in deren Bezirk sie wohnen, oder in der Kassenkassa im Wohnort der Mutterfamilie in Leipzig, Rathhausstraße 1.

Die Leipziger Handelskammer gegen die Wuchergerichte. Die Handelskammer Leipzig hat vor einigen Tagen ihre Bedenken gegen die Verordnung über Wuchergerichte im Wirtschaftsministerium vorgetragen.

50 Prozent Teuerungszuschlag auf Anwaltsgebühren fordert die Vertreterversammlung des Deutschen Anwaltsvereins am 22. Februar in Leipzig. Der Antrag soll auf die jetzt geltenden Sätze erhöht werden.

P. Diebstahl im Ägyptischen Museum in Leipzig. Wahrscheinlich von zwei jungen Leuten, die den Eindruck von Fortbildungsschülern machten, ist am 18. d. M. aus den Ausstellungsräumen des Ägyptischen Museums in der Universität (Schillerstraße 8) ein ägyptischer Denkstein in der Größe von 18 x 11 1/2 Zentimeter gestohlen worden.

Sozialistischer Abend und Festabend. Freitag, den 27. d. M.: Vortrag des Genossen Kitz über historischen Materialismus im August-Schmidt-Paus. Der Vortrag beginnt abends 7 1/2 Uhr.

Lebensmittelkatalog für Freitag, den 27. Februar.

Für Haushaltungen. Anmeldung. Kartoffeln: abzugeben Kartoffelmarken E 8/E 8 und Kartoffelmarken E 10 für 2. bis 8. März (drei Pfund Kartoffeln und 200 Gramm Weizen- oder Roggenmehl).

Fleisch: Markenablieferung. Schlachthof. Vormittags von 9-12 Uhr Ausgabe von Blockwurst, hergestellt aus außersächsischem Pferdefleisch. Die Ausgabe erfolgt auf die letzte Haushaltkarte, der Preis beträgt 5 Mk. für 1/2 Pfund.

Der Jahrmarkt des Lebens.

Ein Roman ohne Helden von William Makepeace Thackeray. „Und Sie wies Sie Pitt ab, mein liebes, liebes Fräulein Crawley? Bereiten Sie sich darauf vor,“ sagte Frau Butte, „weil — Sie nicht anders konnte.“

entwickelter Sehkrast, etwa eines Affen oder einer Katze, unterscheiden. Aber schon die Vögel, die im übrigen scharfsichtigsten Tiere, müssen ein andres Bild von den Farben der Außenwelt haben.

Das dem Menschen angeborne Suchen nach einem Zweck in der Natur, wobei man sich unwillkürlich die Sinne der Tiere und selbst der Pflanzen menschlich denkt, weil man nicht aus seiner Haut herauskann, ist immer der brennende Hemmschuh für die Wissenschaft gewesen.

Das Grauenhafte.

Am Kaffeetisch sitzen Tiere und dreschen einen mörderischen Satz. Eben ist einer in geschlossenen Soldatenkleidern eingetreten. Durch die oberen Knopflöcher seines Rockes schlängeln sich fettige Dreiecksänder. Er hält Anführerarten zwischen den Fingern und bietet sie feil.

Kleine Chronik.

Erste Ausstellung der „Kornsheuer“ (Richard Janthur, Graphiken und Zeichnungen). Mit keinem Eingeringeren als Richard Janthur beginnen die Wanderausstellungen der Künstlergemeinschaft „die Kornsheuer“.

zum Unendlichkeitgedanken. Und in diesem Bemühen findet Janthur eine ganz neue, vollkommen eigene, exotische Sprache. — Der Vetter der „Kornsheuer“, Herr Const. J. David, machte die Eingeladenen aus Leipziger Kunstkreisen mit den Bestrebungen der „Kornsheuer“ bekannt.

Gesellschaft der Musikfreunde. Das V.-D.-Konzert für Klavier und Orchester von Brahms bietet das gleiche kontrastreichste und thematisch verworrene Bild wie die meisten seiner Klavierkompositionen.

Städtische Theater. Die für Sonnabend, Sonntag und Montag im Alten Theater geplanten Aufführungen müssen in der Reihenfolge eine Verschiebung erfahren. Sonnabend wird Seine eine Frau gegeben, Sonntag bleibt wie angekündigt Meine Frau, die Hoffmannstellers, Montag geht neu einstudiert Hebbels Judith in Szene.

Volksbühne. Wilhelm Busch an der Spitze mit Gustav Hermann, mit der Musik von Ernst Smigelski, bleibt auch weiter auf dem Spielplan. Die nächsten Wiederholungen finden am Sonnabendnachmittag und am Sonntagvormittag statt.

Eingelauene Schriften.

Dr. Max Lohm, Der Vertrag von Versailles. Mit einer Karte. Verlag der Kulturliga, Berlin W. 35. Preis 2 Mk. Helge Thierbach, Lebenswellen. Gedichte. Verlag von Ludwig Friedl, Leipzig. Preis 3.75 Mk.

Von der Schönheit der Natur.

Von Konrad Zöle. 3. Der Nestler. Die Farbenblindheit gerade der buntesten Tiere und die ihrer Feinde ist uns der beste Beweis, daß die Farben im landläufigen Sinne keinen „Zweck“ haben. Wir dürfen freilich das Kind auch nicht mit dem Bade ausschütten. Wir können nicht mit den Augen der Tiere sehen; wir können nur sagen, diese oder jene Tiere scheitern auf Grund unserer Experimente keine Farben zu sehen.

Nützliche Bekanntmachungen.

3000 Mark Belohnung!

Am 21. Februar d. J. zwischen 5 und 11 Uhr abends ist durch Einbruch aus einem Woll-Lager in der Paffendorfer Straße ein Posten Schafwolle, kanische (La Plata Wolle, Qualität G. I.) im Gewicht von 175 Kilo Wert 30000 Mark gestohlen worden.

Auf Wiedererlangung der gestohlenen Schafwolle und Ermittlung der Täter sind 3000 Mark Belohnung ausgesetzt worden.

Sachdienliche Mitteilungen erbittet schnellstens die Krim.-Abt. zu Nr. 2, L. III 051/20, Leipzig, den 24. Februar 1920.

Das Volksteilamt der Stadt Leipzig.

Kartoffel- und Mehl-Ausgabe.

In der Versorgungswoche vom 2. bis 8. März 1920 gelangen auf die Kartoffelmärkte E 8/E 8 und auf die Kartoffelmärkte für Militärurlauber und Besuchs fremde

drei Pfund Kartoffeln

zur Ausgabe. Als Ersatz für ausfallende zwei Pfund Kartoffeln werden auf die Kartoffelmärkte E 16 200 Gramm Weizen- oder Roggenmehl ohne Wahlrecht für den Käufer ausgegeben.

Verbraucher: Anmeldung der Kartoffeln beim Kleinhandler unter Abgabe der Kartonnellen E 8/E 8 bis Sonnabend, den 28. Februar.

Kleinverteilern: Abgabe der eingenommenen

Kartoffelmärkte bei der Bezugsstelle, Marktgrafenstraße 8, am Montag, dem 1. März. Ablieferung der Kartoffelbezugskarten Ka 204 an den Großvertreter bzw. Obmann am Dienstag, dem 2. März.

Großvertreter: Ablieferung der Kartoffelbezugsarten zum Eintausch gegen Bezugsheine bei der Bezugsstelle, Marktgrafenstraße 8, am Mittwoch, dem 3. März.

Das Mehl kann in den zum Mehlhandel zugelassenen Nahrungsmittelgeschäften und in den Bäckereien ohne Voranmeldung in der Zeit vom 4. März bis 8. März entnommen werden.

Der Wert der Nährmittelmärkte Q 8/Q 8 für

Militärurlauber und Besuchs fremde beträgt 250 Gramm.

Leipzig, am 25. Februar 1920.

Zwenkau. Feld-Vereinigung feiert am Sonntag, den 27. Februar 1920, vormittag 9 Uhr, im Diebesgrund. Treffpunkt an Müllers Pflanzengrund. Nur solche Einwohner sind zur Teilnahme, die noch kein Feld bewirtschaften. Stadtrat Zwenkau.

Sparkasse Wahren. Geschäftszeit von 8-1/2 Uhr.

Sparkasse Liebertswitz. Geschäftszeit Montag 8-1 Uhr.

PAUNSDORF Neuer Gasthof Haus - Ball

Große Eiche, Böhlitz-Ehrenb. Leipziger Humor-Sänger.

Lichtspiele Albert-Halle HARRY PIEL in seinem 4. Abenteuer-Film Der rätselhafte Klub

Licht-UT-Spiele Heute letzter Tag! Der vielgelesene Roman von Jolanthe Marès Lillis II. Teil: Lillis Ehe

Licht-UT-Spiele Morgen Freitag! Erstaufführung. Der spannendste und packendste Film: Vom Schicksal erdrosselt!

ASTORIA Windmühlenstraße 31 Fernruf 18195/96 Freitag Erstaufführung: Des großen Filmwerkes in 6 Teilen nach dem Drama Frank Wedekinds KÖNIG NICOLO

COLOSSEUM Roßplatz 12-13 Fernruf 18195/96 Freitag Erstaufführung: Die gefährvolle Wette Ein kriminalistisches Rätsel in 5 Akten

UNIVERSUM Roßplatz 6 (Café Bauer) Fernruf 18195/96 Freitag Erstaufführung: ASTA NIELSEN im sensationellen Drama in 6 Akten Der Fackelträger

Arbeitsmarkt Wir suchen zu baldigem Antritt einen energischen Vorarbeiter oder Meister mit langjähriger Tätigkeit als Werkzeug- und Schmittmacher

Tüchtige Tischler stellt laufend ein A.J. Flor Weichenfelder Straße 43. Auswärtige Siegelack-Fabrik sucht tüchtigen Meister

Neue Damen-, Herren- u. Kinder-Häfel vert. billige. Gelegenheitskäufe. Karbid markentfrei kg 4 Mk. Beyer.

